

16. Wahlperiode

Kleine Anfrage

des Abgeordneten Wolfgang Brauer (Die Linke)

vom 30. Oktober 2006 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 01. November 2006) und **Antwort**

Zersiedelung des Wuhletals?

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Kleine Anfrage wie folgt:

Frage 1: Ist dem Senat der Bebauungsplan „An der Wuhle“ der Gemeinde Ahrensfelde (veröffentlicht im Amtsblatt für die Gemeinde Ahrensfelde vom 18.07.2006) bekannt?

Antwort zu 1: Dem Senat ist der Bebauungsplan bekannt.

Frage 2: Wurde das Land Berlin als Anlieger des geplanten Siedlungsgebietes in die Planungen einbezogen, und wie geschah dieses?

Antwort zu 2: Die Gemeinde Ahrensfelde hat, wie im Artikel 12 Landesplanungsvertrag geregelt, frühzeitig bei der Gemeinsamen Landesplanungsabteilung (GL) nach den für den Planbereich bestehenden Zielen der Raumordnung angefragt und die GL gemäß § 4 BauGB beteiligt. Das Land Berlin, vertreten durch den Bezirk Marzahn-Hellersdorf, ist als benachbarte Gemeinde gemäß § 2 Abs. 2 BauGB am Bauleitplanverfahren beteiligt worden.

Frage 3: Wie bewertet der Senat das geplante Bauvorhaben aus ökologischer und landschaftsplanerischer Sicht?

Antwort zu 3: Der aus dem rechtskräftigen Flächennutzungsplan entwickelte Bebauungsplan wurde von der GL hinsichtlich seiner Vereinbarkeit mit den raumordnerischen Festlegungen des gemeinsamen Landesentwicklungsplanes für den engeren Verflechtungsraum Brandenburg-Berlin (LEP eV) geprüft und als raumverträglich bewertet.

Im Rahmen der Beteiligungen zum Flächennutzungsplan sowie zum Bebauungsplan „An der Wuhle“ hat Berlin als Nachbargemeinde aus landschaftsplanerischer

Sicht Bedenken gegen die Planung des in Rede stehenden Wohngebietes vorgebracht.

Frage 4: Was wird der Senat unternehmen, um eine weitere Zersiedelung naturnaher Räume an der unmittelbaren Stadtgrenze zu verhindern?

Antwort zu 4: Es wird weiterhin konsequent auf die Umsetzung der Festlegungen des geltenden LEP eV geachtet.

Berlin, den 20. November 2006

In Vertretung

K r a u t z b e r g e r

.....
Senatsverwaltung für Stadtentwicklung

(Eingang beim Abgeordnetenhaus am 23. Novemb. 2006)